

Berlin, Sonntag, Die Zeitung erscheint in der Woche zwölfmal.

Bezugs-Preis: Vierteljährlich für Berlin 7 Mk., 50 Pf. ohne Postlohn, für ganz Deutschland 9 Mk., Österreich 13 Kr., 82 Heller, Rußland 4 Rub., 55 Kopek, Holland 1 Fl., 50 Gils. für Frankreich, Belgien, England, Schweiz, Amerika usw. Kreuzband-Erhebung 20 Mk. für das Vierteljahr.

Berliner Börsen-Beitung.

Bestellungen werden angenommen

Postanstalten, Zeitungs-Spediteuren und unserer Expedition.

den 26. April 1908.

Als besondere Beilagen erscheinen Verdingungs-Anzeiger.

Hotels- und Bäder-Anzeiger.

Vollständige Richtungslisten der Preussischen Klassen-Lotterie.

Allgemeine Verlosungs-Listen mit Restanten-Listen und viele andere wichtige tabellarische Nebensachen.

Insertions-Gebühr:

Die viergehaltene Seite 50 Pf. Restantzeit 1 Mk.

Rechnungs-Verfahren:

Am 1. Nr. 243.

Telegraphen-Adresse: Börsenfronte.

Redaktion und Expedition: Berlin W. 8., Kronenstraße Nr. 37. Annahme der Inserate: In der Expedition.

Für die Monate Mai und Juni eröffnen wir ein besonderes Abonnement. Auswärts und in Berlin werden die Bestellungen zum Preise von 6 Mark bei allen Post-Anstalten, in Berlin zum Preise von 5 Mark — inklusive Votenlohn — bei sämtlichen Zeitungs-Spediteuren sowie in unserer Expedition, Kronenstraße 37, entgegengenommen.

Dazu als V. Beilage: Hotel- und Bäder-Anzeiger.

Vom Tage.

Der Kaiser empfing gestern im Schloße den griechischen Ministerpräsidenten Theotokis in Audienz.

In Hamburg tritt am 1. Juli d. Jz. der Achtuhr-Labenschluß für alle Geschäfte, mit Ausnahme der Lebensmittel, Tabak- und Zigarrenläden, in Kraft.

Aus Newcastle kommt die Meldung, daß die Werften der Nordostküste und die Werke am Clyde am 2. Mai 80.000 Mitglieder der Schiffbau-Arbeitervereine aussperrten werden.

An der Westküste der Insel Wight ist der Kreuzer „Glabiator“ mit dem Raketboot „Saint Paul“ zusammengefahren. Man fürchtet den Verlust von etwa 35 Menschenleben.

Durch ein gewaltiges Feuer wurde ein großer Teil der Nordostküste der Stadt Petersburg vernichtet. Der Schaden wird auf 5 bis 7 Mill. Rubel geschätzt.

Nachklänge zum Frankfurter freisinnigen Parteitag.

Es ist begreiflich genug, daß die Auseinandersetzungen, die der Parteitag der freisinnigen Vereinigung zwischen den Anhängern der Blockpolitik und ihren entschlossenen Gegnern darthies Richtung gebracht hat, in der Presse der nicht unmittelbar beteiligten Parteien bisher eine einigermaßen vorläufige Behandlung gefunden haben. Von Zentrum und äußerster Linken ist dabei, das versteht sich am Rande, von vorneherein abzusehen. Denn diese geborenen und geschworenen Gegner der Politik konservativ-liberaler Paarung haben ja wahrlich keinen Anlaß, ein Wort vor den Mund zu nehmen; ihnen bieten vielmehr die Vorgänge in Frankfurt sogar erwünschte Gelegenheiten, zu spotten und zu verheizen. Ihnen kann ja doch nur daran gelegen sein, den Spalt innerhalb der am meisten links gerichteten Gruppe der linksliberalen Gemeinschaft so viel als möglich zu erweitern und zu vertiefen und zugleich aus dem erregten Meinungsaustausch der ehemaligen Wadenstrümpfer die „Innatur“ der gesamt Blockgemeinschaft als erwiesen zu folgern. Anders liegt die Sache eo ipso bei der blockfreundlichen konservativen und liberalen Presse. Diese hat, von Ausnahmen abgesehen, sich im allgemeinen gehütet, noch Del ins Feuer zu gießen, und sie hat daran wohl nur recht getan. Recht, zumal inwieweit dabei die Blätter der liberalen Parteien aller Schattierungen, der national-liberalen und der völksparteilichen, in Betracht kommen. Denn die ganze innerpolitische Lage ist, namentlich angeht die bevorstehenden Landtagswahlen, nicht dazu angetan, der nüchtern angelegenen Einigung des gesamten Liberalismus irgendwelche Steine in den Weg zu legen. Steine in Gestalt von heftigen Meinungsäußerungen gegen Personen, die trotz abweichender Ansichten über

die einschlagende Taktik doch in der Hauptsache — nämlich in dem Verlangen nach Kräftigung des Einflusses des Gesamtliberalismus — sich mit ihren augenblicklichen Gegnern eins wissen.

Ebenfalls mit Fug und Recht ist deshalb auch in den meisten der nächst- sowie der in zweiter Linie beteiligten Parteiorgane die Genehmigung darüber nur gedämpft zum Ausdruck gelangt, daß von den Eigenbrötlern, die auf dem Parteitage in Frankfurt eine ausdrückliche Mißbilligung des Verhaltens der freisinnigen Vereinigung in der Frage des § 7 des Vereinsrechts begehrten, ein Teil aus der Partei ausgeschieden ist. Auch in Blättern, die schon seit Jahren, seit den Zolltariffkämpfen von Ende 1902, insonderheit aber nach der Reichstags-Auflösung vom Dezember 1906, sich mit der schroffen Darthischen Taktik nicht zu befreunden und schließlich an ein gedeihliches Zusammenwirken mit der Darthischen Gruppe nicht mehr zu glauben vermochten, sucht man dennoch gegenwärtig vergeblich nach Äußerungen voller Befriedigung oder gar des Triumphes über den Ausgang der Frankfurter Verhandlungen. Sagt man sich auch, daß die freisinnige Vereinigung und mit ihr die linksliberale Gemeinschaft einige „Elemente der Demagogie“ losgeworden seien, so verheißt man sich doch andererseits nicht, daß sie jetzt unwillig beiseite Getretenen eine lange wertvolle Vergangenheit in Dienste des Liberalismus hinter sich haben.

Ob das Ausschließen solcher Männer aus der Gemeinschaft, der sie bis dahin angehört, in Wirklichkeit ein Gewinn ist oder nicht vielmehr ein Verlust, darüber scheint man ja auch auf dem Frankfurter Parteitage selber noch nicht ganz mit sich im Reinen gewesen zu sein. Empfindungen, aus denen heraus man jene Frage — ob ein Gewinn? — eher zu verneinen, als zu bejahen gewillt sein mochte, haben jedenfalls ein wenig mitgespielt, als man auf dem Parteitage nach der entsprechenden Abstimmung über den Mißbilligungs-Antrag Votandum sich den weiteren auf der Tagesordnung stehenden Fragen des Wahlrechts und der Reichsfinanzreform zuwandte. Wenigstens darf es mittelbar als ein Sieg der Darthischen Richtung angesehen werden, wenn hinterher gegen die einzige und alleinige Stimme des Hauptgegners jener Richtung, des Abg. Wachnide, ein Beschluß gefaßt wurde, demzufolge in Zukunft bei Wahlen zum Reichstage nur für solche Kandidaten gewirkt werden soll, die in der Frage der Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen zuverlässig seien! Zureichend sogar „ohne Rücksichtnahme auf die „so genannte“ Blockpolitik und die liberale Fraktionsgemeinschaft!“ Und nicht minder muß es als eine nachträgliche Konfession an den Darthischen Standpunkt gelten, wenn die bekannte Resolution Dotes-Mommsen, die eine bebingte Zustimmung zu neuen indirekten Steuern in sich schloß, zurückgezogen und durch eine andere Resolution ersetzt wurde, worin die Schaffung direkter Steuern — Reichseinkommen- und Vermögenssteuer — in den Vordergrund gerückt wurde.

Resolutionen solcher Art befragen ja nicht immer viel; sie gleichen den guten Vorsätzen, mit denen, dem Sprichworte gemäß, der Weg zur Hölle gepflastert ist. Und wer sich einmal der Realpolitik ergeben hat, wird, wenn er hierin Konsequenz bewahren will, unter Umständen tatsächlich leicht dazu kommen, über solche Resolutionen, selbst wenn sie am Parteitagen beschlossen wurden, zur Tagesordnung überzugehen. Nicht-gerne, aber der Not gehorchend. Das leitende Organ der Sozialdemokratie hat ja auch nicht verfehlt, bereits seinen Spott über die Leute auszugießen, die zwar sich für direkte Steuern engagierten, dabei aber schon bei den letzten Reichstagswahlen alles getan hätten, um Gegner der direkten Reichsteuern zu Mandaten zu verhelfen. Der Spott ist billig, kann aber an die Absieder zurückadressiert werden, die ja — es ist das doch wohl noch unbergessen — im Februar 1907 Männer

wie Blumenthal und Quibbe und andere zu Fall brachten zugunsten von Gegner direkter Reichsteuern! Auf jeden Fall hat der Frankfurter Parteitag, auch wenn er die Blockpolitik höher einschätzte, als das Verbleiben der Gruppe Darth in der äußersten Gruppe der linksliberalen Gemeinschaft, durch jene Beschlüsse über Wahlrecht und Reichsfinanzreform seinen Willen betätigt, auf liberalen Pfaden zu beharren. Damit wird man einstweilen vorlieb zu nehmen haben.

Telegramme.

Essen a. Ruhr, 25. April. (G. T. C.) Der Ausschuß des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften hielt in den letzten Tagen in Düsseldorf eine Sitzung ab, um Stellung zum Reichs-Bereinsgesetz und zu der Haltung des Abgeordneten Wehrens zu nehmen. Desgleichen hielt der Gewerbeverein christlicher Bergarbeiter, dessen Beamter der Abgeordnete Wehrens ist, eine Sitzung ab. Es wurden Resolutionen angenommen, worin die Abstimmung des Abgeordneten Wehrens über § 7 (12) als taktische Maßnahme zur Erlangung der befallenen Erklärung des Staatssekretärs betreffend die Anwendung des Sprachenparagrafen auf die Gewerkschaftsbewegung anerkannt, aber auch erklärt wird, das Vereinsgesetz enthalte Ausnahmestimmungen gegen Volksminderheiten, welche auf keinen Fall die Zustimmung eines christlichen Gewerkschaftsführers finden dürften. Der Ausschuß des Gesamtverbandes mißbilligt daher die taktische Haltung des Abgeordneten Wehrens auf das entschiedenste, würdigt indessen in vollem Umfange seine schwierige Situation, steht aber in dem Vorkommnis keinen Grund, Wehrens das Vertrauen zu entziehen. Die Vorzüge, die katholischen und evangelischen Mitglieder der Gewerkschaften konfessionell zu verleihen, wurden zurückgewiesen und schließlich an den Vorstand des Gesamtverbandes das Ersuchen gerichtet, die Abgeordneten, welche der christlichen Gewerkschaftsbewegung angehören, zu veranlassen, in den Parlamenten eine engere Fühlung miteinander zu halten und sich über die Stellung zu allen wichtigen Fragen der Politik zu verständigen.

Die Gewerbevereinsresolution spricht sich ähnlich aus. Frankfurt a. M., 25. April. (G. T. C.) Einer Meldung der „Frankf. Ztg.“ aus Saloniki zufolge ist der bulgarische Archimandrit von Kilisch in seiner Wohnung von zwei Bulgaren überfallen und verwundet worden. Die Uebelthäter wurden verfolgt und getötet.

Hamburg, 25. April. (G. T. C.) Durch Verordnung des Senats tritt am 1. Juli 1908 im Staate Hamburg der Achtuhr-Labenschluß in Kraft für alle Geschäfte mit Ausnahme der Lebensmittel-, Tabak- und Zigarrenläden.

Regensburg, 25. April. (G. T. C.) Heute fand hier gegen die sozialistischen Führer Jakob Westner und Gabriel Schwarz eine Schwurgerichtsverhandlung statt. Dieselben hatten in einer Flugschrift den ehemaligen Ministerpräsidenten Grafen Stefan Tisza beschuldigt, daß er als Präsident der einseitigen Industrieant deren Ruin veranlaßt und die Aktionäre um viele Millionen geschädigt habe. Westner wurde wegen Verleumdung zu drei Monaten, Schwarz zu zwei Monaten Gefängnis und beide zu je 200 Kronen Geldstrafe verurteilt.

Wien, 25. April. (G. T. C.) Bürgermeister Queger hat aus Anlaß der bevorstehenden Fuldigung der deutschen Bundesfürsten einen Aufruf erlassen, in dem er die Bewohner der Stadt Wien auffordert, den Gästen einen würdigen Empfang zu bereiten und die Häuser zu besetzen und zu schmücken.

Stockholm, 25. April. (G. T. C.) Die Morgenblätter enthalten ausführliche, sympathische Artikel über die abgeschlossenen Verträge. „Svenska Dagbladet“ bemerkt indessen, es sei kein Grund vorhanden, das der Däne-Deklaration beigefügte Memorandum, wie ein Teil der ausländischen Presse zu tun scheint, als einen russischen Vorbehalt hinsichtlich der Faltlands-Inseln zu deuten. Die Deklaration enthalte keine Veränderungen der bestehenden internationalen Vereinbarungen. „Stockholm Dagblad“ hebt hervor, daß Dänemarks gefährliche Stellung an den